

Die nicht tun, was sie wissen

Es gibt einen Satz, der älter ist als die deutsche Energiewende und doch klingt, als wäre er eigens für sie geschrieben worden: Sie tun nicht, was sie wissen.

Das eigentlich Beunruhigende an der deutschen Energiepolitik ist längst nicht mehr, dass wir zu wenig wissen. Im Gegenteil. Wahrscheinlich ist noch nie eine Energiewende von so vielen Studien, Gutachten, Szenarien, Expertenkommissionen, Monitoringberichten und wissenschaftlichen Modellierungen begleitet worden wie diese. Wir wissen ziemlich genau, wann die Sonne scheint. Wir wissen, wann sie nicht scheint. Wir wissen, dass Windräder bei Wind Strom produzieren und bei Flaute eine bemerkenswerte Zurückhaltung entwickeln. Wir wissen, dass Stromnetze keine Vorratskammern sind. Und wir wissen, dass ein Energiesystem, das immer stärker von Wind und Sonne getragen wird, nicht nur möglichst viele erneuerbare Kilowattstunden braucht, sondern Leistung genau dann, wenn sie gebraucht wird.

Das ist keine revolutionäre Erkenntnis. Es ist Physik. Und dennoch verhält sich die Energiepolitik bisweilen wie ein Kapitän, der den Wetterbericht gelesen, das Radar eingeschaltet und den Eisberg auf dem Bildschirm markiert hat – und anschließend darüber diskutiert, ob eine Kursänderung womöglich das Mobiliar im Speisesaal verrücken könnte.

Genau hier beginnt die Geschichte der EEG-Novelle. Deutschland verfügt bereits über tausende Bioenergieanlagen. Sie stehen dort, wo Energie gebraucht wird. Sie verfügen über speicherbare Energie und können Stromerzeugung zeitlich verschieben. Viele Anlagen können durch zusätzliche Erzeugungsleistung zu hochflexiblen erneuerbaren Speicherkraftwerken weiterentwickelt werden, ohne dass ihre Rolle schlicht in einer proportionalen Steigerung des Biomasseeinsatzes bestehen muss. Man muss diese Infrastruktur nicht erst erfinden. Man muss sie nicht aus Übersee importieren. Man muss nicht auf eine technologische Wunderwaffe des Jahres 2040 warten. Sie steht bereits da.

Das Problem der Bioenergie ist möglicherweise gerade ihre verblüffende Banalität: Sie funktioniert bereits. Und damit beginnt die unangenehme Frage. Was geschieht eigentlich, wenn Politik weiß, was möglich wäre – und es trotzdem nicht tut?

Unwissenheit wäre entschuldbar. Wissenschaftlicher Irrtum wäre korrigierbar. Eine falsche Prognose könnte man revidieren. Aber Wissen verändert die moralische Lage. Wer nicht weiß, dass vor ihm eine Brücke einsturzgefährdet ist, fährt darüber. Wer es weiß und trotzdem den Verkehr weiterleitet, trägt Verantwortung.

Das ist der Punkt, an dem aus Energiepolitik Verantwortungspolitik wird. Die entscheidende Frage der EEG-Novelle lautet deshalb nicht nur, wie viele Megawatt ausgeschrieben wer-

den, wie ein Flexibilitätsanreiz ausgestaltet wird oder welche Vergütungslogik gewählt wird. Die größere Frage lautet: Was schuldet eine Regierung den Möglichkeiten, von denen sie weiß?

Natürlich gibt es Gründe für Vorsicht. Es gibt Haushaltsfragen, Beihilferecht, Ausschreibungsdesign, Netzentgelte, europäische Vorgaben, Ressortabstimmungen, Verbände und Koalitionsarithmetik. Die Bundesrepublik hat für nahezu jede politische Entscheidung einen guten Grund, sie noch einmal zu prüfen – und für jede vertagte Entscheidung einen Arbeitskreis. Aber Elektronen nehmen an Arbeitskreisen nicht teil. Eine Dunkelflaute lässt sich nicht mit einem Prüfauftrag verschieben. Das Stromnetz interessiert sich nicht für Koalitionslogik.

Vielleicht liegt darin das grundlegende Missverständnis unserer Zeit: Wir behandeln die Energiewende noch immer vor allem als eine Frage der erzeugten Strommenge. Doch ein Stromsystem lebt nicht von Jahresbilanzen. Es lebt vom Augenblick. Die entscheidende Kilowattstunde ist nicht unbedingt die billigste Kilowattstunde eines sonnigen Sonntagnachmittags im Mai. Es kann jene sein, die an einem windstillen Winterabend verfügbar ist.

Deshalb müssen wir anfangen, nicht nur erneuerbare Energie zu denken. Wir müssen erneuerbare Verfügbarkeit denken. Wind und Photovoltaik bleiben die großen Arbeitspferde der Energiewende. Aber selbst das beste Orchester braucht Instrumente, die dann spielen können, wenn die Partitur ihren Einsatz verlangt. Flexible Bioenergie kann eines dieser Instrumente sein – nicht als Gegenmodell zu Wind und Sonne, sondern als Partner.

Vielleicht braucht Deutschland deshalb neben Stromspeichern noch einen anderen Speicher: einen politischen. Einen Ort, an dem Erkenntnisse nicht so lange abgelegt werden, bis sie niemanden mehr stören. Denn die kommende Generation wird uns vermutlich nicht fragen, wie viele Gutachten wir hatten. Sie wird fragen: Habt ihr es gewusst?

Und wir werden antworten müssen: Ja. Wir wussten, dass ein erneuerbares Stromsystem gesicherte und steuerbare Leistung braucht. Wir wussten, dass Wind und Sonne ergänzt werden müssen. Wir wussten, dass vorhandene Bioenergieinfrastruktur dafür einen Beitrag leisten kann. Wir wussten, dass Zeit eine Rolle spielt.

Dann bleibt nur noch eine zweite Frage: Warum habt ihr es dann nicht getan?

Noch kann die Politik darauf eine andere Antwort geben. Nicht mit einer weiteren Studie. Nicht mit einem weiteren Prüfauftrag. Sondern mit einem EEG, das aus Wissen Handeln macht. Denn vielleicht ist das die einfachste Definition politischer Verantwortung: Tun, was man weiß.